

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt

## Schwerin

Datum: 2017-11-28

Dezernat: I / Fachdienst Gesundheit  
Bearbeiter/in: Kubbutat, Renate  
Telefon: 545-2820

### Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01263/2017

öffentlich

### Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung  
Hauptausschuss  
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales  
Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice  
Hauptausschuss  
Stadtvertretung

### Betreff

Konzept zur Sicherstellung der Hilfe in psychosozialen Notlagen (psychosozialer Krisendienst)

### Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das vorgelegte Konzept zur Sicherung der Hilfe in psychosozialen Notlagen (psychosozialer Krisendienst) umzusetzen.

### Begründung

#### 1. Sachverhalt / Problem

Mit Beschluss der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin Drucksache Nr. 00784/2016 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten und ggf. anderen Beteiligten Möglichkeiten zu erkunden, wie der zurzeit nicht gedeckte Bedarf an Unterstützung bei psychosozialen Krisensituationen in der LHS gedeckt werden kann und der Stadtvertretung dazu ein Konzept vorzulegen. Dieses Konzept kann jetzt vorgelegt werden.

#### 2. Notwendigkeit

Die rechtliche Notwendigkeit für den Aufbau eines psychosozialen Krisendienstes ergibt sich aus dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Störungen Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung vom 14. Juli 2016 (siehe Konzept 2. Rechtliche Grundlagen).

### **3. Alternativen**

keine

### **4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien**

Von psychischen Störungen und Krisensituationen sind nicht nur die Menschen selbst, sondern auch das familiäre Umfeld ist stark betroffen. Ein psychosozialer Krisendienst wird daher auch die Angehörigen deutlich entlasten.

### **5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz**

keine

### **6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität**

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

ja, siehe Konzept unter Punkt 6, Seite 7 und 8

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

---

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

---

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen: ---

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen: ---

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik): ---

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:---

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes  
(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen): ---

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte  
(siehe Klammerbezug Punkt e): ---

**über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

**Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

**Anlagen:**

Konzept zur Sicherstellung der Hilfe in psychosozialen Notlagen  
(psychosozialer Krisendienst)

gez. Dr. Rico Badenschier  
Oberbürgermeister